



Das Christentum in Syrien und im Irak vor dem Aus!

Entnommen aus VATICAN NEWS laut „Deutsche Gesellschaft für bedrohte Völker“.

In beiden Völkern ist die Zahl der Christen infolge ihrer Flucht vor Bürgerkrieg und Gewalt durch militante Muslime zurückgegangen.

Im Irak leben von ursprünglich über 2 Millionen Christen zu Zeiten des Diktators Saddam Hussein nur noch 150.000 Christen –
Rund 0,4 % der Bevölkerung, nachdem sie vor dem ersten Irakkrieg (1991) noch zehn % und vor dem zweiten (2003) noch 5 % gestellt haben.

In Syrien leben nur noch 500.000 bis 700.000 Christen – ein Rückgang um bis zu 50 Prozent seit 2010.

Dort gerieten sie immer wieder zwischen die Fronten von syrischer Armee und oppositionellen Gruppen, unter denen bewaffnete Islamisten, teils unterstützt von der Türkei, brutal mit Hinrichtungen, Morden und Vergewaltigungen gegen sie vorgingen.

Viele Christen in Syrien hoffen auf einen Sieg Assads.

Das Regime von Präsident Baschar al-Assad gewährt den Christen das Recht auf freie Religionsausübung, weshalb die meisten von ihnen einen Sieg der Regierungstruppen über die von den radikalsunnitischen Muslimbrüdern dominierte Opposition bevorzugen.

Der Westen müsse seine Hilfe für oppositionelle Kräfte an deren Bereitschaft zum aktiven Schutz von Minderheiten knüpfen. Scharfe Kritik richteten die Menschenrechtler an die Adresse der Kirchen im Westen. Diese ließen ihre bedrängten Glaubensbrüder und –schwestern de facto im Stich.

Bagdad schützt die Christen kaum

Im Irak litten Christen seit dem Sturz Saddam Husseins dauernd unter Entführungen und Morden islamistischer Terrorbanden. Seit 2003 seien dort Tausende Christen getötet worden. Mindestens 70 Kirchen wurden durch Bombenanschläge vollständig zerstört. Von ehemals 500 Kirchen im Irak sind demzufolge nur noch 57 geöffnet. Der Staat schütze die Christen kaum, sondern befördere durch seine Gesetze und Schulpolitik die Islamisierung des Landes. Viele Angehörigen religiöser Minderheiten planten deshalb, das Land zu verlassen.

Auch in der Autonomen Region Kurdistan sind erhebliche Benachteiligungen von Christen festzustellen. Auch wenn die Terrormiliz „Islamischer Staat“ weitgehend aus der Ninive-Ebene vertrieben sei, kann die Mehrheit der vertriebenen Christen nicht in ihre Heimatorte zurückkehren, weil ihnen die Mittel zum Wiederaufbau ihrer Häuser fehlen. In den uralten christlichen Ortschaften ließen sich immer mehr Muslime nieder und drohten die Christen zu verdrängen. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ fordert „politische Selbstverwaltung“ für die christliche Gemeinschaft in der Ninive-Ebene! Dafür müssten sich die Bagdader Zentralregierung und die kurdische Regionalregierung einig werden, wem das Gebiet unterstehen soll.